



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga
Bundeshaus West
3003 Bern

Änderung der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen und der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie unterbreiten uns Bestimmungen zur Verbesserung der Integration von Ausländerinnen und Ausländern und laden uns ein, zu den Anpassungen und zu den Ausführungen im erläuterten Bericht Stellung zu nehmen. Es geht dabei unter anderem um die Abschaffung der Sonderabgabe, ein neues Meldeverfahren anstelle eines Bewilligungsverfahrens und die Rückerstattung finanzieller Beiträge.

Wir stimmen den Vorschlägen zur Anpassung der Verordnungen zu.

Gleichzeitig möchten wir aber darauf hinweisen, kurzfristig nicht von zu optimistischen Integrationszielen auszugehen. Die involvierten Stellen können Leistungsziele vereinbaren und einhalten. Ob aber die erwünschte Wirkung einer nachhaltigen Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt erfolgt, hängt in erster Linie von den involvierten Arbeitgebern und zukünftigen Arbeitnehmenden ab. Das Erreichen der Ziele dürfte kurzfristig schwierig sein. Der eingeschlagene Weg sollte aber mittel- bis langfristig Wirkung zeigen.

Wir bitten Sie, unsere Bemerkungen aufzunehmen, und danken für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Altdorf, 4. Juli 2017



Im Namen des Regierungsrats
Der Landammann Der Kanzleidirektor

Beat Jörg

Roman Balli

Two handwritten signatures in blue ink are present. The signature on the left is for Beat Jörg, and the signature on the right is for Roman Balli. The signatures are fluid and cursive.